

DIE WELT: Herr Westerwelle, haben Sie die politische Sommerpause neben dem Urlaub auf Mallorca auch nutzen können, um Ihre Kunstsammlung zu erweitern?

Guido Westerwelle: Ich habe vier sehr schöne Serigrafien von Jörg Immendorff erworben. Aber die Beschäftigung mit der Kunst ist nicht nur eine Leidenschaft für die Urlaubszeit. Sie ist ganz generell das perfekte Kontrastprogramm zum beruflichen Alltag, eine Art seelische und geistige Ergänzung.

WELT: Wann haben Sie begonnen, Kunstwerke zu sammeln?

Westerwelle: Früh. Als ich noch die Oberstufe des Gymnasiums besuchte, wollte ich tatsächlich für kurze Zeit Kunst studieren. Doch mein Kunstlehrer hat angesichts meiner Fertigkeiten ehrlicherweise zu mir gesagt: Guido, dann besser Kunstgeschichte! Was blieb mir anderes übrig, als zu sammeln?

WELT: Ihr erster Kauf?

Westerwelle: Mit 19, 20 Jahren eine Grafik von Günter Grass aus dem Zyklus „Der Butt“. Man kann auch als Student sehr schöne Arbeiten erwerben, wenn man die Augen aufhält.

WELT: Heute redet alles über die Leipziger Schule mit Neo Rauch oder Tim Eitel und andere zeitgenössische Maler wie Norbert Bisky. Sie haben schon in den 90er-Jahren deren Werke gekauft. Kennerblick oder glückliche Fügung?

Westerwelle: Zwei Galeristen, Harry Lübke und Michael Schulz, haben mich bei der Art Cologne auf Rauch und Bisky aufmerksam gemacht. Mir gefielen die Bilder, also habe ich einige Arbeiten erworben – in der Tat zu einem Zeitpunkt, als sie noch nicht die großen Stars auf Auktionen waren. Im Gegenteil: Als ich vor Jahren eine Ausstellung von Norbert Bisky in Potsdam eröffnet habe, musste ich mir Häme gefallen lassen, nach dem Motto: Was muss man für ein Depp sein, wenn man solche Künstler gut findet.

WELT: Warum das?

Westerwelle: Viele 68er haben klassische Ästhetik immer als hohl bezeichnet. Und viele Nachhutgefechte wurden eben bis in die jüngste Zeit geführt. Die gegenständliche Malerei, die ich so liebe, gilt vielen Alt-68ern als eine Art röhrender Hirsch über dem Sofa. In Wahrheit ist das die Vertretung eines intoleranten Kunstbegriffs mit linkem Geschmacksmuster: Was nicht mindestens anklagend oder aggressiv abstrakt ist, kann keine gute Kunst sein. Die 68er haben sich als Auflehnung gegen die Political Correctness in Kunst, Bildung und Gesellschaft verstanden. Heute sind viele selbst die Geschmacksrichter einer neuen politischen Korrektheit und damit Zensoren der geistigen Freiheit unseres Landes, während die bürgerliche Mitte Toleranz lebt und atmet.

WELT: Fordert die FDP deshalb, die Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen?

Westerwelle: Wir Liberalen finden, dass nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen unseres Landes geschützt werden müssen. Die kulturellen Lebensgrundlagen sind nicht geringer zu schätzen. Kultur ist kein Orchideenthema. Es gibt einen zwingenden Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Erfolg eines Landes, kultureller Viel-

„Die 68er sind die Zensoren der geistigen Freiheit“

Guido Westerwelle über linke Geschmacksrichter in der Kunst, die Fundamentalisierung der Grünen und den deutschen Hang zum Staatsinterventionismus



Liebhaber moderner Kunst: Guido Westerwelle vor zwei Gemälden von Martin Kippenberger im Berliner Museum für Gegenwart, dem Hamburger Bahnhof

falt und geistiger Freiheit. Nur die kulturell breit aufgestellte Gesellschaft verfügt über jenen fruchtbaren Boden, auf dem Kreativität sich in spannende Kunst oder auch in wirtschaftlich nutzbaren Erfindungsreichtum übersetzen kann.

WELT: Muss man dafür das Grundgesetz bemühen? Blumige Staatsziele ohne rechtsverbindliche Wirkung sind reine Symbolpolitik.

Westerwelle: Die Entscheidung, Staatsziele in die Verfassung aufzunehmen, ist längst gefallen. Man muss das nicht gut finden. Aber da man Umwelt oder sogar Tierschutz hineingeschrieben hat, gehört auch die Kultur ins Grundgesetz. Kultur wird dadurch ja nicht einklagbar. Aber wenn Verfassungsgüter miteinander im Wettstreit stehen, darf die Kultur nicht mit schwächeren Waffen ausgestattet sein.

WELT: Zum Beispiel beim Ringen um Subventionen?

Westerwelle: Reden Sie nicht leichtfertig von Kultursubventionen! Seit wann subventionieren wir den Geist in Deutschland? Dann wären ja Gelder für Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen auch Subventionen. In Wahrheit sind das Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

WELT: Während Sie im Urlaub Ihre Sammlung ergänzen, haben die Grünen ihren Sinn für die Marktwirtschaft entdeckt und Ideen zum „Ordooliberalismus“ in einem Buch niedergelegt. Entsteht der FDP Konkurrenz auf eigenem Terrain?

Westerwelle: Eher lernt eine Kuh den Eiskunstlauf, bevor die Grünen verstehen, was soziale Marktwirtschaft wirklich ist. Dieses kleine Büchlein über „grüne Marktwirtschaft“ mit all seinen Widersprüchen ist eher ein Marketinggag.

WELT: Der Bundesvorsitzende Reinhard Bütikofer will seine Partei damit bündnisfähig in verschiedene Richtungen machen, das müsste Sie doch freuen. Es ist immerhin nicht ausgeschlossen, dass nach der nächsten Bundestagswahl ein Drei-erbindeinung wie Ampel- oder Jamaika-Koalition erforderlich wird.

Westerwelle: Ich kämpfe nicht für Notlösungen, sondern für klare Verhältnisse. Und ich bin felsenfest davon überzeugt: Nach den letzten Jahren Rot-Grün und nach den schlechten Erfahrungen mit einer schwarz-roten Stillstandskalition werden sich die Deutschen bei der nächsten Wahl für eine deutliche Mehrheit entscheiden. Ich wage die Einschätzung, dass

diese Mehrheit größer sein wird, als jede Meinungsumfrage uns im Moment glauben machen will. Die drei schwarz-gelben Regierungen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zeigen knapp der Hälfte der deutschen Bevölkerung schon jetzt, dass man auch besser als nur mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner regieren kann.

WELT: Sie schließen Gespräche mit den Grünen also aus?

Westerwelle: Es gibt Persönlichkeiten bei den Grünen, die sehen, dass mehr staatliche Umverteilung nicht mehr Gerechtigkeit bedeutet. Mit denen diskutiere ich gern. Aber die sind eine Minderheit, den Ton geben andere an. Eine Bekehrung von Jürgen Trittin oder Christian Ströbele ist mir jedenfalls nicht aufzufallen. Oder Claudia Roh: Wollen Sie mir ernsthaft weismachen, sie sei plötzlich die heilige Johanna der sozialen Marktwirtschaft? Nein, die grüne Partei wird eben nicht vernünftig. Im Gegenteil: Durch den Einfluss und den Druck der Linken ist sie eher auf dem Weg der Fundamentalisierung. Was an radikalster Globalisierungskritik im Umfeld von Heiligendamm oder jüngst radikal-pazifistisch zum Afghanistaneseinsatz

der Bundeswehr bei den Grünen formuliert worden ist, erklärt sich nur aus dem ideologischen Binnenwettbewerb mit der Linken.

WELT: Einige Vertreter der Union sehen das offenbar anders. Von Kanzleramtsminister Thomas de Maizière bis Innenminister Wolfgang Schäuble wird über schwarz-grüne Bündnisse nachgedacht.

Westerwelle: Offenbar finden es Teile der CDU gerade unglaublich schick, über diese Verbindung von Union und Grünen zu philosophieren. Bitte schön. Je mehr über diese Idee geredet wird, umso besser wird das Wahlergebnis der FDP. Denn die bürgerlichen Wähler, die klare Verhältnisse wollen,

werden dann die Liberalen wählen. Schwarz-Grün wäre inhaltlich die Wiederbelebung von Rot-Grün: mehr staatliche Bevormundung und weniger Freiheit zur Verantwortung.

WELT: Werden Sie im Wahlkampf also nicht nur wie angekündigt gegen die Linke, sondern auch gegen die Grünen ins Feld ziehen?

Westerwelle: Wir werden klare Kante gegen die Verstaatlichung des gesunden Menschenverstandes zeigen. Unsere politischen Gegner sind all jene, die meinen, mit mehr Staatsinterventionen und mehr Gleichmacherei sei soziale Gerechtigkeit zu gewinnen. Das sind schwarze Sozialdemokraten wie

Horst Seehofer, rote Sozialdemokraten wie Andrea Nahles, dunkelrote wie Oskar Lafontaine und eben auch rote Grüne wie Jürgen Trittin. Sie alle vertreten eine staatliche Bevormundungs-ideologie, müssten aber eigentlich aus der Geschichte gelernt haben, dass die einzige Antwort auf die Herausforderungen neuer Zeiten allein in mehr Freiheit und mehr Verantwortung für die Bürger liegt.

WELT: Sie werfen auch der Union einen Hang zum Staatsinterventionismus vor?

Westerwelle: Ja. Seit der Bundestagswahl fällt die Union in dieser Hinsicht als freiheitliche Gegenkraft zur SPD aus – von den gelegentlich mutigen, aber erfolglosen Äußerungen des Wirtschaftsministers einmal abgesehen. Die Kanzlerin meint, sie habe die Wahl 2005 durch zu viel Bekenntnis zur Marktwirtschaft verloren. Das ist eine falsche Schlussfolgerung. Der Einbruch der Union hatte zu 95 Prozent mit Mismanagement im Wahlkampf zu tun.

WELT: Geben die guten wirtschaftlichen Daten Angela Merkel nicht recht?

Westerwelle: Dieses selbstzufriedene Gesäusel vom Aufschwung mache ich nicht mit. Die bessere Konjunktur ist kein Verdienst von Schwarz-Rot, sondern der Weltwirtschaft geschuldet. Die Bundesregierung sorgt für ihrer Politik des Wegnehmens im Gegenteil dafür, dass über 90 Prozent der Bürger keinen Anteil am Aufschwung haben. Einer vierköpfigen Familie werden im Schnitt jährlich 1600 Euro durch Steuer- und Abgabenerhöhungen mehr abgenommen. Deshalb wächst der Ärger auch in Zeiten besserer Konjunktur, was übrigens auch die vielen Streikdrohungen mit erklärt.

WELT: Das müsste Sie doch freuen. Laut einer „Stern“-Umfrage glauben nur noch 31 Prozent der Bürger, dass es wirtschaftlich weiter bergauf gehen wird. Die FDP profitiert davon: Elf Prozent wollen liberal wählen.

Westerwelle: Ich bin viel zu sehr Patriot, um mich über mehr Wachstum und weniger Arbeitslose nicht zu freuen. Aber ich will, dass dies so bleibt. Dieses Land kann sich keine zwei weiteren Jahre des innenpolitischen Stillstands leisten. Vor 20 Jahren haben wir Deutsche beim Pro-Kopf-Einkommen weltweit um Platz eins gespielt, heute liegen wir noch auf Rang 18. Wir bleiben leider in Abstiegsgefahr und haben durch die Konjunktur höchstens eine Verschnaufpause. Niemand spürt dies präziser als die vergessene Mitte, bei der Schwarz-Rot immer mehr abkassiert. Ich fordere die Bundesregierung deshalb auf, bei ihrer Klausur Ende August in Meseberg nicht nur schöne Bilder zu produzieren, sondern durch Reformen bei Steuern und sozialen Sicherungssystemen dafür zu sorgen, dass die Bürger am Aufschwung beteiligt werden. Die Überschrift müsste für die Koalition sein: mehr Netto vom Brutto, Aufschwung für alle – und nicht nur für Peer Steinbrück und Angela Merkel.

Mit dem FDP-Vorsitzenden sprachen Margaret Heckel und Thorsten Jungholt

Kunstliebhaber Westerwelle

Der Hamburger Bahnhof in Berlin ist ein Ort, an dem Guido Westerwelle (45) sich wohlfühlt. Das 1846 errichtete Gebäude ist einer der ältesten Bahnhöfe Deutschlands und wird heute als Museum für Gegenwartskunst genutzt. Der FDP-Chef sammelt, seit er Student ist. Anfangs eher preiswertere Werke auf Papier, inzwischen viel gegenständliche Malerei. Die Werke junger Maler wie Neo Rauch, Tim Eitel oder Norbert Bisky hat er gekauft, als sie auf dem Kunstmarkt noch unbekannt waren – und freut sich jetzt über die Anerkennung für die Künstler. Aber auch moderne Klassiker wie die derzeit im Hamburger Bahnhof gezeigten Werke von Martin Kippenberger gefallen ihm. DW

Hillary und die Zwerge

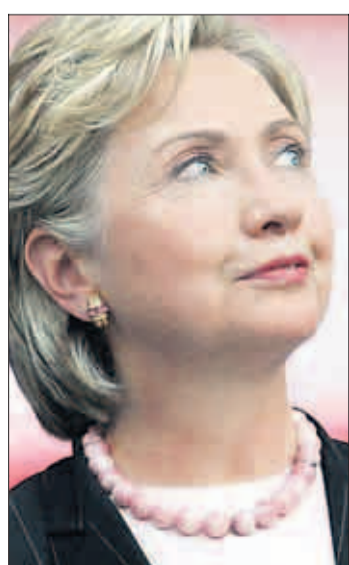
Die demokratische Präsidentschaftskandidatin zieht der Konkurrenz davon – Barack Obamas Umfragewerte brechen ein – „Ich bin euer Mädle“

VON UWE SCHMITT

Wenn man die Geschichte der Kandidatin Hillary Rodham Clinton schreibt, werden zwei Sätze, gefallen an einem schwülheißen Augustabend im Football-Stadion Soldier Field der Chicago Bears, ausreichen, die Siegesgewissheit der Präsidentsin zu bezeugen – oder die frühe Hybris einer Wahlverliererin. „Seit 15 Jahren habe ich mich gegen die Maschine der Rechten gewehrt“, rief Hillary Clinton aus. „Wenn ihr also eine Siegerin wollt, die weiß, wie sie mit denen umgehen muss, bin ich euer Mädle.“ Mit einem Nicken und breitem Lächeln quittierte sie ihre Koketterie und den hingerissenen Jubel. Die übrigen sechs Kandidaten auf der Bühne schienen auf Zwergengröße zu schrumpfen. Lauter linksch dreinblickende Männer

staunten über Hillarys „I'm your girl“-Moment.

Es war nicht allein das Staunen über eine als herrisch geltende Frau, die sich in ihrer Geburtsstadt Chicago vor 17 000 Gewerkschaftern und ihren Familien als Mädchen für alles an der Spitze Amerikas empfahl. Mehr noch verblüffte die Courage der Senatorin von New York und früheren First Lady, gewissermaßen 15 Jahre im öffentlichen Dienst aufzurechnen und ihren Befund einer „riesigen rechten Verschwörung“ zu erneuern. So sicher ist sich Hillary Clinton der Schwäche der Republikaner und ihres Vorsprungs vor allen Mitbewerbern ihrer Partei, dass sie es sich leisten kann, parteiöse und unentschiedene Wähler in der Mitte mit Warnungen vor rechten Maschinen zu irritieren. Die Basis der Demokraten lechzt nach ein wenig Blutgeruch. Selbst US-Wirt-



Hillary Rodham Clintons Weg ins Weiße Haus scheint kaum noch aufzuhalten. FOTO: AP

schaftsführer setzen auf sie. Das „Fortune“-Magazin, kein linkes Kampfblatt, wählte sie für ihren Titel „Business loves Hillary! (Wer hätte das gedacht?)“.

Mit jeder Debatte, ob mit Bloggern oder nun vor dem AFL-CIO, dem größten Gewerkschaftsdachverband mit 55 Millionen Mitgliedern, hat Hillary Clinton an Selbstsicherheit gewonnen. Nach jüngsten nationalen Umfragen liegt sie 22 Prozentpunkte vor Barack Obama, 36 Punkte vor John Edwards, dessen Frau Elisabeth etwas kurios klagte, man könne ihren „John eben weder schwarz noch zur Frau machen“. Weit zurückgefallen ist laut diesen Umfragen vor allem Barack Obama, der einmal im Winter auf sechs Punkte an Clinton herankam und für seine Frische wie für eine lincolneske Gemessenheit gefeiert wurde. In Chicago, wo der Senator für Illinois lebt und

seit vielen Jahren wirkt, gewann er wohl einige Runden und das Publikum im Streit mit niederen Konkurrenten wie den Senatoren Christopher Dodd (Connecticut) und Joseph Biden (Delaware). Beide, im einstelligen Prozentbereich oder kaum messbar, sehen inzwischen ihre einzige Chance darin, sich für Hillary mit Obama zu schlagen. Staatsmännisch amüsiert, bisweilen wie eine gütige Lehrerin nickend, kommentierte sie nur körpersprachig die Decksarbeit und Angriffe ihrer Leibwächter, die sich für Belohnungen empfehlen.

Sicherheitspolitische Unerfahrenheit gilt als Obamas größte Schwäche. Dodd tat sich hervor mit der Forderung, sein Kollege möge sich entschuldigen für die hypothetische Ankündigung, er würde als Präsident Ziele in Musharrafas Pakistan bombardieren lassen, wenn

der General nicht bereit oder in der Lage sei, al-Qaida in seinem Land auszuschalten. Obama weigerte sich und gab sich bitter amüsiert, dass Senatoren, die für die Invasion im Irak gestimmt hätten, mit ihm nun über passende Schlachtfelder rechten. Hillary Clinton musste angesichts dieser schwachen Verteidigung nur hinzufügen, dass es für einen Kandidaten ein schwerer Fehler und naiv sei, seine Absichten hinauszuposaunen. Im Übrigen ringe Musharraf mit Extremisten, „die mit al-Qaida und den Taliban im Bett liegen“. Nicht minder kühl wehrte sie Vorwürfe von Obama und Edwards ab, sie mache sich zum Büttel von Lobbyisten und ihrer Spenden. Sie müsse nach all den Jahren des Engagements für die Nöte der einfachen Leute nicht beweisen, dass sie den Ansinnen von Bankern oder Versicherern widerstehen könne.

Es wäre ein Leichtes gewesen, Gewerkschaftern mit frivolen Versprechen zu gefallen. Wie Dennis Kucinich, der die USA aus Nafta und der ILO heraus und direkt in ein sozialistisches Arbeiterparadies führen will; wie John Edwards, der einen Kreuzzug gegen Armut führen will und immerhin eine Menge vernünftiger Ideen vorbringen kann. Doch er hatte es nötig, sich beim Publikum mit der Behauptung einzuschmeicheln, er sei bei mehr als 200 Streiks mitmarschiert. Und wenn? Erreicht komisch wetteiferten Kandidaten darum, wer das größere Herz für Werktätige habe. Nur Hillary Clinton meinte knapp, ihre Arbeit spreche für sich selbst. Es heißt, sie und Obama hätten seit Wochen kaum mehr als Grußworte gewechselt. Oft nicht einmal die. Er mag es als Kompliment nehmen. Erst wenn sie freundlich wird, hat Obama verloren.